

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

6.6.1928 (No. 131)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfachkonto Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Abat, der als Kassensabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung, Konturverfahren fällt der Abatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Hofschreibstättler, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretung Ecuadors

Der Vizekonsul von Ecuador in Stuttgart Richard Wismann wurde zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen im Rande Baden zugelassen.

Die französische Regierungserklärung

Poincaré will sich kurz fassen

WTB. Paris, 6. Juni. (Tel.) Savas glaubt berichten zu können, daß die Regierungserklärung, deren Verlesung am morgigen Donnerstag in der Kammer nicht weniger als eine halbe Stunde in Anspruch nehmen werde, nahezu alle aktuellen Probleme behandeln werde, nämlich: Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der nationalen Einigung, Unantastbarkeit der Laiengesetzgebung, unverzügliche Anwendung des sozialen Versicherungsgesetzes, Wohnungspolitik. Hinsichtlich der Finanzpolitik werde sich Poincaré verpflichten, das Sanierungswort fortzusetzen und betonen, daß das Budgetgleichgewicht unter allen Umständen erhalten und die Amortisation der Schuld noch schärfer in Angriff genommen werden müsse; jedoch werde er seinen Standpunkt über die legale Stabilisierung nicht offiziell bekanntgeben. Die elfässische Frage werde gleichfalls berührt und hinsichtlich der Außenpolitik die Notwendigkeit der Fortführung der Verständigungspolitik betont werden unter Hinweis auf das verallgemeinerte Schiedsgerichtsverfahren, das besonders günstige Aussichten für den Frieden biete.

Wie aus Paris berichtet wird, hat Poincaré gestern im Senat Äußerungen getan, die falsch verstanden worden sind und zu allerhand Kombinationen Anlaß gegeben haben. In seiner Programmrede, die er in den nächsten Tagen halten wird, dürfte nach zuverlässigen Informationen nicht schon ein Stabilisierungsgesetz vorgelegt werden. Auf keinen Fall werden der Kurs und der Termin schon jetzt bekanntgegeben. Über die interalliierten Schulden und den Dawesplan wird Poincaré sich nur ganz kurz äußern, ebenso über die Außenpolitik und das Verhältnis zu Deutschland, wobei keine besonderen Erklärungen etwa über Locarno gegeben werden.

Kammerpräsidentenwahlen

Die französische Kammer wählte am Dienstag den früheren Kammerpräsidenten und sozialistischen Abgeordneten Fernand Bouisson mit 327 Stimmen wieder. Der unionistische Abgeordnete Franklin Bouillon, den die rechtsstehenden Parteien unterstützten, während die der Partei sehr nahe stehenden Mittelparteien fast sämtlich für Bouisson stimmten, erhielt 242 Stimmen.

Der Ausfall der Wahlen zum Kammerpräsidium wird in Pariser parlamentarischen Kreisen als ein Ereignis von großer politischer Bedeutung gewertet. Die linksstehenden Gruppen hatten den Erfolg zu verzeichnen, daß nicht nur der bisherige sozialistische Kammerpräsident Bouillon trotz der scharfen Agitation Franklin Bouillons im ersten Wahlgang gewählt wurde, sondern, daß auch die drei am Dienstag gewählten Vizepräsidenten, sowie sieben von acht Sekretären und zwei von drei Quästoren Kandidaten der Linken sind. Die Agentur Havas weist darauf hin, daß man aus diesen Wahlen allerdings nicht mit absoluter Sicherheit auf die allgemeine politische Einstellung der neuen Kammer und ihre künftige Haltung gegenüber der Regierung schließen dürfe. Es sei z. B. sicher, daß am Dienstag vier Radikale und Sozialrepublikaner, die die Regierung Poincarés unterstützten, für Bouillon und die Liste der Linken gestimmt haben.

Die Fürstenabfindung in Oessen

Nachdem in der Montagtagung des Finanzausschusses des heftigen Landtages die Regierungsvorlage über die endgültige Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Fürstenhaus mit 6 gegen 5 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt worden war, wurde in der Dienstagtagung des Plenums die Regierungsvorlage, die eine gütliche Regelung mit dem vormaligen regierenden Fürstenhaus der gerichtlichen Auseinandersetzung vorzieht, mit 29 Stimmen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten und der Aufwertungspartei gegen 25 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Deutschnationalen bei Stimmenthaltung des Bauernbundes in erster Lesung angenommen. Die zweite Lesung wird am Freitag vorgenommen werden.

Die britische Flagge in Südwesafrika. „Morning Post“ meldet aus Kapstadt: Die britische Flagge, die am Unionsstag in Windhut (Südwesafrika) Seite an Seite mit der neuen südwesafrikanischen Flagge gehißt worden war, wird auf Befehl der Regierung der südwesafrikanischen Union in Südwesafrika nicht wieder gehißt werden.

Die Sächsische Technische Hochschule in Dresden feierte ihr 100jähriges Bestehen.

Letzte Nachrichten

Das heutige Arbeitsprogramm des Völkerbundsrats

WTB. Genf, 6. Juni. (Tel.) Die beiden Berichte des Dreierkomitees über den Zwischenfall von Szent-Gottthard und die Erweiterung der Befugnisse des Ratspräsidenten werden heute den Gegenstand einer Geheimkunft bilden, in der beide Berichte wegen der besonderen Wünsche der kleinen Entente und Frankreichs einer ersten Beratung unterzogen werden sollen. In der heutigen öffentlichen Sitzung wird die litauische Minderheitsklage gegen Polen wegen Ausweisung von 11 Priestern litauischer Zunge aus dem Wilnagebiet und der Bericht des holländischen Außenministers Deelaerts über den Stand der polnisch-litauischen Verhandlungen zur Verhandlung gelangen.

Das „Journal de Genève“ veröffentlicht auszugsweise den Bericht des Dreierkomitees des Rates über den Zwischenfall von Szent-Gottthard. Danach ergaben die Erhebungen der Rüstungsfachverständigen, daß die Maschinengewehrbestandteile der beschlagnahmten Erbsung von Maschinengewehren von der Firma Schwarzlose herrühren, daß jedoch wesentliche Bestandteile, wie Läufe, Küler usw. für die vollständige Zusammenfügung fehlen. Es handelt sich um Material, das bereits vor oder während des Krieges hergestellt wurde. Der Bericht stellt fest, daß die Bestimmung in ausreichendem Maße erfolgt und jedes praktische Risiko der Verwendung zu Kriegszwecken ausgeschlossen sei. Die ungarische Regierung hat sich bei ihrem Vorgehen streng nach den Vorschriften des Vahnerbuchs und der Verzollung gerichtet, jedoch anscheinend die Feststellung des wirklichen Empfängers des Materials nicht für notwendig gehalten. Die Erhebungen hätten nicht den Beweis dafür ergeben, daß das Material nicht dazu bestimmt gewesen wäre, das ungarische Gebiet wieder zu verlassen.

Rölnner Tagung der Sozialdemokraten

WTB. Köln, 6. Juni (Tel.) Heute vormittag 10 Uhr wurde im Volkshaus die Tagung des sozialdemokratischen Parteiausschusses durch den Parteivorsitzenden Otto Wels eröffnet. Es sind etwa 100 Vertreter aus allen Teilen Deutschlands anwesend, unter ihnen zahlreiche Mitglieder des Reichstages und der Landtage. Das politische Referat erstattete der Fraktionsvorsitzende Hermann Müller, Franken. Die Verhandlungen sind vertraulich und werden mit einem Gutachten des Parteiausschusses über die Stellung der Sozialdemokratie zur Regierungsfrage geschlossen werden.

Englische Kreuzfahrt in der Ostsee

WTB. London, 6. Juni. (Tel.) „Morning Post“ meldet, daß Kreuzer und Zerstörer der britischen atlantischen Flotte eine Kreuzfahrt in der Ostsee unternehmen werden. Das zweite Kreuzergeschwader wird Scapa Flow am 19. Juni verlassen. Zwei Kreuzer werden nach Vessubien in Helsingfors, Viborg und Naga am 2. Juli in Kiel eintreffen. Dort werden zwei weitere Kreuzer zu ihnen stoßen, die zuvor Neval, Memel und Danzig Besuche abtaten sollen. Am 2. Juli wird das ganze Geschwader durch den Kieler Kanal fahren, ein Ereignis, das dem Blatt zufolge, seit der Zeit vor dem Kriege nicht zu vergleichen war. Andere Schiffe werden skandinavische Häfen anlaufen.

Die Schanxi-Armee in Peking eingerückt

WTB. Schanghai, 6. Juni. (Tel.) Nach Meldungen, die aus japanischen Quellen in Peking stammen, ist die Vorhut der Schanxi-Armee unter dem Kommando des Generals Tschanghüiling gestern um 6 Uhr abends in Peking eingerückt. Dies sind die ersten Truppen der Süarmee, die in die Hauptstadt einmarschiert sind.

Wiederherstellung des Friedens in Mexiko

WTB. New York, 6. Juni. (Tel.) Nach einer Meldung der „World“ ist der Friede zwischen der Kirche und dem Staate Mexiko endgültig wiederhergestellt worden. Man erwartet, daß der Vatikan das Abkommen in einigen Tagen bestätigen werde.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held feierte seinen 60. Geburtstag. Reichspräsident v. Hindenburg hat Dr. Held in einem persönlichen Schreiben seine Glückwünsche übermittelt. Reichskanzler Dr. Marx sandte ihm im Namen der Reichsregierung ein Glückwunschtelegramm, in dem der Wunsch ausgesprochen wird, es möge Dr. Held vergönnt sein, sein verdienstvolles Wirken zum Besten des Reiches und seines Landes in voller Arbeitsfreude und Gesundheit noch lange Jahre fortzusetzen. — Der Vertreter der Reichsregierung in München, General Dr. v. Ganiel, überreichte ein Blumenarrangement.

* Der Sieg des Südens in China

Peking ist von Tschanghüiling geräumt worden, ohne daß es vorher noch zu einem Gefecht vor der Hauptstadt gekommen wäre und die Sieger sind schon in Peking eingezogen. Wer sind diese Sieger? In erster Linie doch der Nationalismus des Südens mit seinem Generalissimus Dschiangkaiſchek. Daneben dürfen allerdings die beiden Bundesgenossen, General Feng und Yen, der Gouverneur von Schansi, nicht vergessen werden. Sie beide haben, je mehr sich Dschiangkaiſchek mit seinen Truppen von der eigentlichen Operationsbasis seines Heeres entfernte, wichtige Dienste geleistet und allem Anschein nach sehr wesentlich dazu beigetragen, daß die Eroberung Pekingens so rasch erfolgen konnte.

Gelegentlich liest man die Behauptung, daß Dschiangkaiſchek in der letzten Zeit gar nicht mehr das Heft in den Händen gehabt habe, daß vielmehr Feng und Yen die Hauptakteure seien. Offenbar ist diese Behauptung nicht richtig oder doch übertrieben. Selbstverständlich wird Dschiangkaiſchek zwei so bedeutamen Bundesgenossen wie Feng und Yen, ganz bestimmte Konzessionen gemacht haben. Die eine Konzession soll übrigens, wie jetzt gemeldet wird, darin bestehen, daß dem Gouverneur Feng die Ehre zuteil wird, als erster in Peking einzuziehen. Und auch sonst wird man das Verhältnis zwischen den drei führenden Persönlichkeiten (Dschiangkaiſchek, Feng und Yen) so aufzufassen haben, daß jeder von ihnen als gleichberechtigter Partner bei dem Unternehmen erscheint.

Im Grunde genommen liegt aber zweifellos die größere Macht und der größere Einfluß bei den Nationalisten des Südens. Sie sind es gewesen, die den Stein ins Rollen brachten. Sie haben den gewaltigen Vormarsch begonnen, und sie werden auch von den Chinesen selbst als die Haupttriebkraft der ganzen Entwicklung empfunden.

Damit ist jedoch nicht gesagt, daß die Regierung des Südens nun die Macht hätte, Feng und Yen einfach nach Hause zu schicken. Wahrscheinlich wird Nanjing versuchen, das neue China auf einer sozusagen bundesstaatlichen Basis zu organisieren. Dabei könnten dann sowohl Feng wie Yen ganz bestimmte Gebiete als Gouvernements zugewiesen werden. Sie würden innerhalb dieser Gebiete verhältnismäßig selbständig sein. Aber die oberste Leitung würde, zumal in außenpolitischer Hinsicht, bei der nationalistischen Regierung des Südens liegen. Die chinesische Geschichte ist reich an ähnlichen Beispielen. Sie haben sich manchmal bewährt, manchmal sind sie auch der chinesischen Reichseinheit zum Verhängnis geworden.

Jedenfalls ist durch die Eroberung Pekingens der Sieg des Südens über den Norden besiegelt. Und die übrigen Großmächte, sowie der Völkerbund, werden diese Tatsache auch staatsrechtlich und diplomatisch anerkennen müssen. An einen Widerstand Tschanghüiling von der Mandchurei aus ist wohl kaum zu denken. Die Zahl seiner Anhänger scheint recht gering zu sein. Einige Unterführer sind bereits von ihm abgefallen. Ja, es ist ja sogar zu einem Attentatsversuch gekommen. Nach den ersten Meldungen soll Tschanghüiling selbst bei diesem Attentat — es erfolgte dicht vor Mufden — nur leicht verletzt worden sein. Dann wurde behauptet, er sei getötet worden, man bemühe sich aber, diese Tatsache zu vertuschen.

Wie es heißt, wird General Feng nicht in Peking mit einziehen, sondern auf Tientsin losmarschieren. Tientsin ist der Hafen von Peking. Und wer Tientsin beherrscht, beherrscht damit wirtschaftlich auch Peking. Dort in der Hafenstadt sind große Niederlassungen der Weißen und der Japaner. Diese Niederlassungen werden geschützt von einem Truppenaufgebot der fremden Mächte, dessen Gesamtstärke auf 15 000 Mann beziffert wird. Die Gefahr von Zusammenstößen und Verwicklungen taucht somit wieder am Horizonte auf.

Wogegen sich die fremden Mächte mit Recht wenden, das ist das Unwesen der Marodeure, der irregulären Plündererscharen, die jede chinesische Armee zu begleiten pflegen und ein Schrecken des durchzogenen Gebiets sind. Natürlich ist es im Einzelfalle schwer, genau festzustellen, ob es sich um reguläre Truppen oder um Plünderer handelt. Die siegreichen Truppen Dschiangkaiſcheks und seiner Bundesgenossen jedenfalls haben alle Veranlassung, selber gegen diese Marodeure vorzugehen.

Chiang Kai-shek hatte übrigens, bevor er Peking räumte, Dschiang Kai-shek angeboten, einen Teil seiner Truppen in Peking zu belassen, damit diese zusammen mit den Truppen des einrückenden Siegers die Ordnung in Peking aufrechterhalten. Eine zuverlässige Nachricht darüber, was Dschiang Kai-shek darauf geantwortet hat, ist bis jetzt nicht bekannt geworden.

Inzwischen sind aber Meldungen aus Japan nach Europa gelangt, die darauf schließen lassen, daß den japanischen Nationalisten, die für die Aktionen der letzten Zeit verantwortlich sind, nicht mehr so ganz wohl zu Mute ist. Angegebene Vertreter der japanischen Wirtschaft, deren Hauptabnehmer China ist, haben auf die großen Gefahren aufmerksam gemacht, die entstehen könnten, wenn die chinesische Bevölkerung mit dem angebrohten Wirtschaftsbölkott Japan gegenüber ernst macht. Und so ist vielleicht damit zu rechnen, daß Japan sich doch noch in der letzten Minute aus den Händen Chinas zurückzieht. Allerdings bedeutet die mandchurische Frage einen recht bedenklichen Konfliktstoff. Aber wozu haben wir einen Völkerbund? Japan und China sind Mitglieder dieses Völkerbunds, und dort kann am allerbesten die mandchurische Frage gelöst werden.

Der neue bayerische Landtag

Der bayerische Landeswahlausschuss trat am Dienstag zusammen, um das endgültige Ergebnis der Landtagswahlen festzustellen. Die Gesamtzahl der im Lande bei den Landtagswahlen am 20. Mai abgegebenen Stimmen beträgt 8 810 887. Zu den bereits bei den Wahlen gewählten 82 Abgeordneten waren noch 81 Restmandate zu verteilen. Ferner sind noch 15 Landesmandate zu vergeben, so daß sich der neue Landtag folgendermaßen zusammenstellen wird: Bayerische Volkspartei 46 Sitze, Sozialdemokraten 34, Bayerischer Bauern- und Mittelstand 17, Deutschnationale Volkspartei 13, Nationalsozialisten 9, Kommunisten 5, Deutsche Volkspartei 4, zusammen 128 Sitze.

Reichsverband der deutschen Presse

In der Hauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Presse in Köln erstattete der geschäftsführende Vorsitzende Richter den Jahresbericht, aus dem hervorgeht, daß die Organisation der deutschen Redakteure und Journalisten rund 3650 Mitglieder zählt.

Aus der reichen Tätigkeit des Verbandes auf dem Gebiete der Zeitungswissenschaft wird besonders die Mitarbeit an dem Heidelberger und Berliner Zeitungsinstitut hervorgehoben. Die Frage der Zeitungswissenschaft und ihre Behandlung an den deutschen Universitäten wird weiterhin als eine wichtige Lebensfrage für die deutsche Presse mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt werden. Der Pflege der internationalen Pressebeziehungen hat sich der Verband seit mehreren Jahren eifrig gewidmet. Auf dem Gebiete des Presserechts machte Dr. Feder, Berlin, Vorschläge. Im Presserecht wird u. a. verlangt, daß Gegenstand des Hochverrats in Zukunft nur das Reich und nicht ein Land sein kann. Die umstrittene „Wahrnehmung berechtigter Interessen“ soll folgendermaßen gefaßt werden: „Die Beleidigung bleibt strafbar, wenn der Täter zur Wahrnehmung eines berechtigten öffentlichen oder eines berechtigten privaten Interesses, das öffentliche Interesse berührt, handelt, im übrigen jedoch nur dann, wenn das wahrgenommene private Interesse das verletzten Interesse des Betroffenen übersteigt.“

Die Wahlen zum Vorstand des Reichsverbandes ergaben als ersten Vorsitzenden Chefredakteur Georg Bernhardt, nachdem Chefredakteur Baeder erklärt hatte, daß er nach sechsjähriger Tätigkeit eine Wiederwahl ablehne.

Badisches Landestheater

Gastspiel des Moskauer Jüdisch-Akademischen Theaters

Mit einem fröhlichen Jahrmarktstanz, nicht mit schwerer Literatur, kamen diese jung-russischen Akademiker zu Gast. Unter der runden Summe „200 000“, wie der Titel der musikalischen Komödie frei nach Scholom-Aleichem „Haupttreffer“ heißt, verbirgt sich ein biederer Volksstück mit Gesang à la Melitron. Aber selbst der vormärzlichen Wiener Posse eines Raimund müßte man wahrscheinlich noch den Vorzug geben, wenn man die auf jiddisch vorgetragene, im Grunde höchst moralische Geschichte von dem braven Schneiderlein, das zu Geld kommt, es bei einem schwindelhaften Filmunternehmen prompt verliert und sich schnell wieder seiner früheren sozialen Rangordnung einfügt, im einzelnen besser verstehen würde. Für die Bewertung der Aufführung bleibt das freilich sehr nebensächlich; denn wie Tatoff z. B. schon vor einigen Jahren aus dem graziösen Spielchen und altfranzösischen Vaudeville „Girofle-Girofla“ schonungslos ein modern entsefftes Revuestück gemacht hat, so ist hier nach dem gleichen radikalen Rezept und infolge ähnlich revolutionärer Umkehrung aus dem Wiedermeierischen Kapelltheater eine Angelegenheit für Akrobaten geworden, die in der angestrebten Präzision ihrer Bewegungen zudem stark an Marionetten im Panoptikum erinnern. Da es sich um eine akademische Truppe handelt, die für diesen Zirkusapparat mit seinen Clowneffekten sich einsetzt, muß natürlich solch gehirnlichem Akademismus irgendeine Theorie zugrundeliegen, und man rat wohl nicht falsch, wenn man die Kunstabsicht als Umwandlung der uralten romantischen Sentimentalität zu einem absolut maschinellen Triumph der Technik deutet. Das ist zweifellos höchst zeitgemäße Sachlichkeit und wirkt auch zuweilen höchst grotesk, eine andere Frage bleibt jedoch, ob solche Parodie je zum Normalzustand werden kann, und ob derlei erzentrischer Humor künstlerisch überhaupt fruchtbar ist. Die Aufführung gab eigentlich selbst schon eine halb negative Antwort, insofern der einmal in Gang gebrachte Motor der Spielmaschine nach kurzer Zeit die Schwäche jeder übertriebenen Mechanisierung spüren ließ, und vieles weit eher vergrößerte als raffiniert steigerte. Dabei standen in dem primitiven Stilrahmen immerhin ein paar Figuren, die nicht bloß lustige Puppen, sondern Lustspieler von Qualität hätten sein können; ja man hätte ihnen sogar gern gestattet, wenn sie mitunter ihren possenhafte Wiken, wie es nun einmal zur urwüchsigen Volksdramatik gehört, eine tüchtige Portion Honigbrot und Jüdenwasser nachgeschickt hätten. Auch aus diesem Sportstheater war überdies trohalledem der Konnex mit einer gewissen Liebesepikope nicht ganz zu eliminieren, so sehr allerdings die Regie sich bemühte, derlei ferischen Hintergrund durch krause Sprünge und derbe Spässe möglichst zu verdecken. Es bleibt indessen die Erinnerung an einen amüsanten Abend, der unter der Devise, heiter sei die Maskenkunst, ziemlich kräftige Weisheitsgeräusche auslöste.

Das Reichskabinett gegen die Tarifierhöhung

Das Reichskabinett hat am Dienstag die von der Reichsbahngesellschaft beantragte Erhöhung der Personen- und Gütertarife abgelehnt. Der Beschluß ist mit Einstimmigkeit gefaßt worden.

Die Reichsbahngesellschaft hat ihren Antrag damit begründet, daß bei der sinkenden allgemeinen Konjunktur ein Rückgang der Einnahmen sowohl im Personen- wie auch im Güterverkehr zu erwarten sei und daß die Reichsbahn nicht in der Lage sein werde, aus den normalen Einnahmeverhältnissen jene Investitionen vorzunehmen, die sich als notwendig erwiesen haben. Im Gegensatz dazu war der Reichsverkehrsminister — und dieser Auffassung hat sich auch das Reichskabinett angeschlossen — der Auffassung, daß zu solch einer pessimistischen Einschätzung der Einnahmen bei der Reichsbahn keine Veranlassung vorliege. Der Nachweis für die Notwendigkeit einer Tarifierhöhung sei von der Reichsbahngesellschaft jedenfalls nicht überzeugend geführt worden. Für den Fall aber, daß sich die pessimistischen Schätzungen der Reichsbahnverwaltung in den nächsten Monaten doch bestätigen sollten, hat sich die Reichsregierung bereit erklärt, zu einem späteren Zeitpunkt in eine erneute Prüfung des Antrages einzutreten. Das soll aber erst geschehen, wenn sich die Einnahmen des Jahres 1928 völlig übersehen lassen.

Weiterhin hat die Reichsregierung noch einmal die Reichsbahngesellschaft darauf aufmerksam gemacht, daß ihr für die Durchführung des Investitionsprogrammes der Weg der Kreditbeschaffung offen steht und hat sich bereit erklärt, ihr bei der Erlangung von Krediten behilflich zu sein, sofern es sich um werbende Ausgaben handelt. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Reichsregierung dabei die Berücksichtigung von Vorschlägen der Reichsbahngesellschaft im Auge hat.

M. Berlin, 6. Juni. (Priv.-Tel.) Die Ablehnung

der von der Reichsbahn geforderten Tarifierhöhung durch das Kabinett ist in erster Linie auf die deutschnationalen Minister zurückzuführen, wegen der sozialdemokratischen Angriffe, sie wollten keine Verantwortung mehr übernehmen. Dagegen war auch der Reichswirtschaftsminister, der eine Erschütterung der Wirtschaftskonjunktur befürchtete. Eine Zeitsung hat, wie wir berichteten, offenbar auf Grund der Bepreschungen Dr. Köhlers mit Herrn Gilbert, die Entscheidung geschwankt. Man ist aber zu der Überzeugung gekommen, daß die Berechnungen der Reichsbahn zu pessimistisch sind.

Wie wir ferner erfahren, ist der Verwaltungsrat der Reichsbahn auf Samstag über acht Tage einberufen, um dazu Stellung zu nehmen. Er wird auch seine eigenen Betriebs- und Vermögensberechnungen nachprüfen. Ein Konflikt zwischen beiden Körperschaften ist wohl nicht ganz ausgeschlossen.

Der neue württembergische Landtag

Der neugewählte württembergische Landtag trat am Dienstag erstmalig zusammen. Nach einer Begrüßungsansprache durch den Alterspräsidenten, Staatspräsidenten a. D. Dr. v. Sieber, schritt man zur Wahl des Landtagspräsidenten. Zum Landtagspräsidenten wurde gewählt der sozialdemokratische Abgeordnete, Regierungsrat Pfleger, mit 53 von 78 Stimmen, zum ersten Vizepräsidenten der Abgeordnete Hermann Hiller (Bürgerpartei) mit 45 Stimmen und zum zweiten Vizepräsidenten der Abgeordnete Andre (Ztr.) mit 64 Stimmen. Am Freitag, 8. Juni, tritt der Landtag wieder zusammen, um die Wahl des Staatspräsidenten vorzunehmen.

Die Liberale Vereinigung

In der Vorstandssitzung der Liberalen Vereinigung, die am Dienstag unter dem Vorsitz des Staatsministers a. D., Fischbeck, in Berlin stattfand, sind dem „V. L.“ zufolge einstimmig Reichsaussenminister Dr. Stresemann und Reichsminister a. D. Koch-Weser, sowie Geheimrat Professor Dr. Kahl zu Ehrenvorsitzenden der Liberalen Vereinigung ernannt worden. Es wurde fernerhin beschlossen, die Verhandlungen zur Anbahnung zur Schaffung einer liberalen Arbeitsgemeinschaft und Vereinigung innerhalb und außerhalb der Parlamente weiterzuführen und für Ende Juni eine allgemeine Tagung für die Mitglieder der Liberalen Vereinigung und für jene Kreise einzuberufen, die an diesen Bestrebungen interessiert sind.

Kurze Nachrichten

Der Zusammentritt des preussischen Landtags. Das preussische Staatsministerium hat nunmehr endgültig beschlossen, daß die erste Sitzung des Landtages am Freitag nachmittag 4 Uhr stattfinden soll.

Mitgliedschaft im Deutschen Offiziersbund. Gegenüber anderslautenden Meldungen wird festgestellt, daß die Mitgliedschaft im Deutschen Offiziersbund dem Offizierskorps der Reichswehr bereits 1921 verboten worden ist.

Die 34. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft wurde in Leipzig eröffnet.

Der Danziger Hafen soll in großzügiger Weise ausgebaut werden.

Der südslawische Konflikt beigelegt. Mussolini hat den General Bodrero ermächtigt, der Belgrader Regierung mitzuteilen, daß er die Antwort Marinewissenschaft auf die italienische Protestnote als befriedigend zur Kenntnis genommen habe. Der südslawisch-italienische Konflikt wird somit als beigelegt betrachtet.

Mussolini über die auswärtigen Beziehungen. Mussolini sprach am Dienstag im italienischen Senat über die auswärtigen Beziehungen Italiens. Er meinte u. a., die Beziehungen zu Deutschland seien herzlich.

Verschiedenes

Auf der Suche nach der „Italia“

W. B. Oslo, 6. Juni. (Tel.) Zeitungsmeldungen zufolge ist der Dampfer „Baaganza“ bis zum Nordkap des Nordostlandes vorgebrungen. Der Flieger Lühov-Holm hat bei seinem ersten Erkundungsflug von der Virgobucht aus nichts entdeckt.

Eine Meldung, daß die Oberster Radiostation (Sibirien) einen Funkpruch Nobiles aufgefunden habe, wird nicht bestätigt. In Gelehrtenkreisen hält man es jedoch für wahrscheinlich, daß Nobile auf Franz-Josef-Land niedergegangen ist.

Badischer Teil

Badischer Landtag

D. Z. Karlsruhe, 5. Juni.

Verteuerung der Ausschüsse

Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung gibt Präsident Dr. Baumgartner den Antrag des Ausschusses der Vertrauensmänner bekannt, demzufolge der Haushaltsausschuss, der Rechtsprüfungsausschuss und der Gesuchsausschuss ihre Mitgliederzahl von je 21 Mitgliedern auf 17 vermindern sollen, der Geschäftsausschuss die seinigen von 12 auf 11. In den erkrankten Ausschüssen ist das Zentrum mit 7, die Sozialdemokratie mit 4, die Deutschnationale Volkspartei mit 2, die Deutsche Volkspartei mit 2 und die Demokratische Partei mit 2 Sitzen vertreten. Es entspringt sich eine längere, teilweise sehr lebhaft geführte Debatte.

Abg. Bod (Komm.) protestiert gegen die neue Verteilung der Sitze.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) hält den Anspruch der Kommunisten grundsätzlich für berechtigt. Ein Rechtsanspruch sei indessen nicht gegeben.

Abg. v. Au (Wirtschaftspartei) bezeichnet den Antrag des Vertrauensmännerausschusses als Gewalttat.

Weitere Ausführungen zur Geschäftsordnung erfolgen seitens der Abg. Dr. Stürmer (D. Sp.), Maier-Karlsruhe (DntL) und Dr. Fähr (Ztr.), worauf die große Mehrheit dem Ausschussantrag zustimmt.

Darauf erhält als zweiter Berichterstatter zum Budget des Innern

der Abg. Dr. Glodner (Dem.) das Wort. Er berichtet über die mit der Sozialgesetzgebung, Wohlfahrtspflege, Gewerbeaufsicht, Gewerbeförderung, Statistik usw. zusammenhängenden Titel.

Der Haushaltsausschuss beantragt Genehmigung. Außerdem soll die Regierung ersucht werden:

a) im Falle einer Verbesserung der Finanzlage des Staates in erster Reihe eine Erhöhung des Staatszuschusses zu den Kosten der geborenen Fürsorge eintreten zu lassen,

b) zu prüfen, ob nicht der Verteilungsschlüssel dieses Staatszuschusses an die Fürsorgeverbände entsprechend dem in den einzelnen Gemeinden durch diese geborene Fürsorge erwachsenden Aufwand verschieden gestaffelt werden sollte.

Das Gesuch des Stadtrates Karlsruhe vom 28. Februar 1928 um Aufnahme weiterer Anleihen zur Verstärkung der Förderung des Wohnungsbaues mit den Beitrittserklärungen der Stadträte Mannheim, Freiburg, Pforzheim, Heidelberg, Lahr und Durlach, soll der Regierung empfohlen, das Gesuch der Bad. Gesellschaft für soziale Hygiene vom 13. März 1928 der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen werden.

Es folgt schließlich der gleichfalls ausführliche Bericht des Abg. Weiskopf (Ztr.) über das Gebiet der

Landwirtschaft und Ernährung.

Nach Schluß der Berichterstatterung über das Innenministerium, die den ganzen Nachmittag ausfüllt, wird die Aussprache auf Mittwoch vormittag, halb 9 Uhr, vertagt.

Am Dienstag abend besuchten auf Einladung des Unterrichtsministers zahlreiche Abgeordnete die Vorstellung im Landestheater, wo der „Vettelschubert“ zur Aufführung gelangte.

D. Z. Karlsruhe, 6. Juni.

Nach Belanngabe der Eingänge beginnt die Generaldebatte

Das Budget des Innenministeriums

Abg. Dr. Hofmann (Zentr.) begrüßt die stabilen Regierungsverhältnisse in Baden und stellt unter Hinweis auf die Krisenjahre mit Genugtuung fest, daß es gelungen ist, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Wir brauchen Freiheit nach innen und außen im Sinne einer Politik des Friedens und der Verständigung. Betrachte man die hohen Ausgaben für Polizei und Gendarmen, so sei nur zu bedauern, daß die Sicherheit auf dem Lande nicht voll garantiert ist. Der Redner macht dann beamtenpolitische Ausführungen, wobei er unterstreicht, daß die Reformen nicht nur die Erfüllung eines Wirtschaftswunsches, sondern eine staatspolitische Notwendigkeit war. Die Beamtenpolitik dürfe nicht zum Proletariat herabfallen, soll ihre Arbeitsfreude erhalten und das Autoritätsprinzip keine Einbuße erhalten. Es müsse aber Schluß gemacht werden mit dem Gegenatz Volk und Beamte. Beide seien in einer Schicksalsgemeinschaft untrennbar verbunden. Wir sind unbedingte Anhänger des Berufsbeamtentums, in dem wir die sichere Grundlage für eine ruhige Entwicklung des Staatslebens sehen. Gegenüber der Wirtschaft dürfe der Staat keine sekundäre Stellung einnehmen. Er dürfe nicht von der Gnade der Wirtschaft leben. Diese müsse anerkennen, daß sie nur im Rahmen einer vielmehr soliden, gut verwalteten Staatsverwaltung gedeihen kann. Redner fährt fort: Die Republik, das demokratische Selbstverwaltungs-system, könne im Verlaufe von zehn Jahren auf große Erfolge hinweisen, die erst eine spätere Geschichtsschreibung richtig zu würdigen wissen werde. Das Zentrum betenne sich zu einem gesunden Föderalismus. Wir wollen uns nicht den Neuerungen entgegenstellen, fordern aber aus der Tradition heraus, vorzüglich in die Zukunft zu gehen. Wir dürfen die kulturelle Orientierung nicht verlieren. Eine Verwaltungsvereinfachung darf keine Mehrkosten, aber auch keine Verschlechterung bringen. Amisförperschaften lehnen wir ab. Wir sind warme Freunde der kommunalen Selbstverwaltung. Den Gemeinden sind die Einkommensteuergesetze wieder zu geben. Ein großer Teil der staatlichen Aufgaben müsse abgebaut und durch die Volksgemeinschaft selbst erfüllt werden. Dies würde ersperrisch wirken. Wünschenswert wäre eine durchgreifende Erneuerung des bürokratischen Systems auf wirtschaftlicher Grundlage. Der Redner trägt schließlich Wünsche aus dem inneren Verwaltungsbetrieb vor und meint, der Landrat habe unter allen Umständen als die Spitze des Bezirks zu gelten, nicht etwa der Polizeidirektor. Zu den Polizeibelangen übergehend, verlangt der Redner eine genaue Abgrenzung der Befugnisse der Polizeimajore. Das Polizeibeamtengesetz in Verbindung mit der Polizeischule habe sich durchaus bewährt. Die Güte des Polizeibeamtens erschöpfe sich nicht in der Zahl der Meldungen. Leider bestände in Baden noch ein veraltetes Disziplinarrecht. Zum Schluß empfiehlt der Redner den Fremdenverkehr der nachhaltigen Förderung durch die Regierung, besonders wenn es gilt, Eisenbahntarifierhöhungen abzuwenden.

Abg. Graf (Soz.) bezeichnet das Innenministerium als das umfangreichste und wichtigste Verwaltungsgebiet. Ruhe und Ordnung zu schaffen, kann unter Umständen zu einer bedauerlichen Aufgabe werden. Die vornehmste Aufgabe des Ministeriums erblickt der Redner in der Förderung der Wirtschaft, der sozialen Belange, der Wohlfahrtspflege und Fürsorge. Die Kosten im Außenbereich dürften nur von Personen bestritten werden, die die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse kennen und mit der Bevölkerung vertraut sind. Man

Der Privatbistant wurde für beide Sichten um je 1/5 auf 6% Proz. ermäßigt.

Aus der Landeshauptstadt

Ehrenmal für die gefallenen badischen Justizbeamten und Rechtsanwälte. Am Sonntag, den 10. Juni, mittags 12 Uhr, wird in der Haupthalle des Oberlandesgerichtsgebäudes in Karlsruhe das Ehrenmal eingeweiht, das die Vereine der badischen Justizbeamten und badischen Rechtsanwälte ihren im Weltkrieg gefallenen Mitgliedern errichten. Einladungen zur Teilnahme an der Feier sind den Angehörigen der Gefallenen zugegangen, soweit ihre Anschriften bekannt sind. Selbstverständlich sind, wie uns der Ehrenmalsauschuß mitteilt, sämtliche Angehörigen, auch soweit ihnen eine besondere Einladung nicht zugehen konnte, bei der Feier herzlich willkommen.

Stromversorgung der Vororte. Zum Zwecke der rascheren Behebung von Betriebsstörungen in der Stromversorgung der Vororte und der an das städtische Netz angeschlossenen Nachbarorte soll nach einem Beschluß des Stadtrats je ein zweites Zuführungsfabel verlegt werden. Dadurch wird erreicht, daß bei Ausfall des jetzt vorhandenen einen Stabils infolge Durchschlags die Stromabgabe nicht unterbrochen wird oder doch nur umschaltungen notwendig sind, während beim Vorhandensein nur eines Stabils dessen Wiederherstellung oft mehrere Stunden in Anspruch nimmt. Die Mittel sollen dem laufenden Haushalt der nächsten Jahre entnommen werden.

Großer Verkehr in Karlsruhe während des 100er-Tages. Große Massen von Fremden aus nah und fern fanden sich am Samstag und Sonntag, den 2. und 3. Juni, in der badischen Landeshauptstadt ein, um den Feierlichkeiten anlässlich des 125-jährigen Jubiläums der badischen Landeshauptstadt beizuwohnen. Der Verkehr auf dem Hauptbahnhof erreichte am Sonntag seinen Höhepunkt, wo rund 60 000 Ankünfte verzeichnet wurden. 6 Sonderzüge brachten Teilnehmer des 100er-Tages aus dem Ober- und Unterland, weitere 25 Ergänzungszüge wurden benötigt, um den Verkehr zu bewältigen.

Selbstmordversuch eines Fremdenlegionärs. In der Nacht zum Mittwoch versuchte ein entlassener Fremdenlegionär sich vor eine Kleinfabrikstraße zu werfen, um sich überfahren zu lassen. Er kam jedoch nicht vor das Fahrzeug zu liegen, sondern stieß mit beiden Händen an die linke Türschwelle und zog sich zwei tiefe Schnittwunden an der rechten Hand und am

rechten Unterarm zu. Von dem Fahrzeug wurde er zurückgeschleudert und blieb auf der Straße liegen. Es wurde festgestellt, daß er bereits um 12 Uhr sich eine Stichwunde bei einem Malarianfall beigebracht hatte.

Ein Befallungszwischenfall in Maximiliansau. Wie erst jetzt bekannt wird, ereignete sich am 2. Juni kurz vor Abgang des 9.30-Uhr-Abendzuges nach Landau in Maximiliansau ein Zusammenstoß zwischen einem deutschen Zivilisten und einem französischen Offizier, der von zwei Damen begleitet war. Der Deutsche, der infolge der ihm zugefügten Verletzungen aus Mund und Nase blutete, griff zu einem Stock und verprügelte den französischen Offizier. Darauf gelang es ihm, den gerade abfahrenden Zug zu erreichen. Die Bahnhofswache nahm einen Bahnpolizeibeamten zu veranlassen, obwohl sich der Vorfall vor seinen Augen abgespielt habe. Der Bahnpolizeibeamte wurde später wieder freigelassen. Am 4. Juni erfolgte die Festnahme eines Deutschen, der an dem Zwischenfall unmittelbar beteiligt sein soll. Die deutschen und französischen Behörden haben Ermittlungen eingeleitet.

Badisches Landestheater. Wegen Erkrankung des Generalmusikdirektors Ernst Mehlisch müssen die Proben zur Oper „Salome“ unterbrochen werden und die Aufführung muß auf einen späteren Termin verlegt werden. Derselben Wunschen entsprechend, wird für den freierwerbenden Samstag, den 9. Juni, „Die Fledermaus“ von Johann Strauß einstudiert. Donnerstag, den 7. Juni (Fronleichnam) findet im Rahmen einer volkstümlichen Vorstellung zu halben Preisen eine Aufführung von Verdis beliebter Oper „Der Troubadour“ statt, mit den Damen von Ernst, Seiwelich und Strad und den Herren Vorodin, Lauffütter, Nentwig und Orner in den Hauptpartien. Die musikalische Leitung hat Rudolf Schwarz. Die Vorstellung beginnt um 19 1/2 Uhr.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Der gestern über England und Nordwestdeutschland gelegene Hochdruckkern ist nach Südosten gewandert und hat sich mit einem über dem Vallon liegenden Hoch vereinigt. Die heutige Wetterkarte zeigt daher einen flachen Hochdruckkeil, der vom Vallon bis zur Nordsee reicht und uns bereits Aufheiterung gebracht hat. Die geringen Druckunterschiede über dem Festland, die die Entwicklung kleiner Teilsysteme begünstigen, stellen jedoch weitere Gewitterbildungen in Aussicht. Wetterausblick für 7. Juni: Zeitweise heiter, warm, örtliche Gewitter.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. J. Mannheim, 2. Juni. Nunmehr hat sich auch in Baden eine besondere Arbeitsgemeinschaft der badischen Mitglieder des Deutschen Werkbundes gebildet. Die Geschäftsstelle befindet sich in Mannheim. Aufgabe der Landesgruppe ist, Werkbunde und Werkbundarbeit unter Bezugnahme auf die besonderen badischen Verhältnisse in Stadt und Staat zu fördern.

W. B. Heidelberg, 4. Juni. Zur Feier der Stiftung der Akademie der Wissenschaften findet am Sonntag, den 10. Juni vormittags eine Festigung statt.

W. B. Freiburg, 5. Juni. Ein zweifacher Mord ist im Feldberggebiet verübt worden. Zwei Lehrerinnen im Alter von 25 und 35 Jahren, die beide in Mannheim angestellt waren, wurden heute vormittag oberhalb Breitenau gegen die Reihstannenbütte etwa 8.45 Uhr mit durchschnittenem Gasse tot aufgefunden. Die Leichen lagen circa 70 Meter voneinander entfernt. Der Befund läßt bei beiden auf Luftmord schließen. Nach den Ermittlungen sind es zwei Frauen namens Gersberg. Sie wollten auf dem Höhenweg nach dem Feldberg weiterwandern. Auf die Meldung von ihrem Ausbleiben begab sich sofort ein größeres Aufgebot der Freiburger Bereitschaftspolizei in das in Frage kommende Gebiet und fand nach längerem Suchen die beiden Leichen auf. Die Erregung über diese schreckliche Tat ist naturgemäß außerordentlich groß. Beide Lehrerinnen sind aus Gengenbach gebürtig. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, irgendwelche Anhaltspunkte über den oder die Täter zu erlangen. Es laufen wohl von den Einwohnern des in Frage kommenden Gebietes zahlreiche Eingaben ein, die jedoch alle nur auf Mutmaßungen beruhen. Die Leichen der beiden unglücklichen Mädchen sind inzwischen nach Freiburg übergeführt worden. Die jüngere Dame, Luise Gersberg, weiß außer anderen schwere Stöße zu empfangen, u. einen Kopfschuß auf, der durch ein Ohr hinein- und durch das andere hinausging. Bei der anderen älteren Ida Gersberg ist man noch nicht sicher, ob die tiefe Wunde auf dem Rücken von einem Messer oder von einem Schuß herrührt.

Stuttgart, 6. Juni. Admiral Meyer-Walbeck, der frühere Gouverneur von Tientsin, der sich anlässlich der Tagung der Deutschen Kolonialgesellschaft in der württembergischen Hauptstadt aufhielt, geriet beim Überqueren der Straße zwischen zwei elektrischen Straßenbahnen. Er zog sich eine Kopfverletzung zu, die ihn jedoch von seiner Rückkehr nach Berlin nicht abhielt.

Badische Lichtspiele

KONZERTHAUS

Mittwoch, den 6. und Donnerstag den 7. Juni, 20.15 Uhr. Mittwoch auch 16 Uhr.

Letzte Vorführungen!

Mensch unter Menschen!

(Les Misérables) I. Teil.

Ein Film der Menschlichkeit und Nächstenliebe nach dem Roman von Viktor Hugo.

Musikbegleitung!

Jugendliche unter 12 Jahren haben keinen Zutritt.

Vorverkauf, Preise u. Ermäßigungen wie üblich.

Bruchsal, 4. Juni 1928. Amtsgericht II. Konkursverfahren. N. 227. In Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Böse und Meier in Bruchsal ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf: Mittwoch, den 27. Juni 1928, vorm. 9 Uhr, vor das Amtsgericht, Zimmer Nr. 16.

Bruchsal, 4. Juni 1928. Amtsgericht II. Konkursverfahren. N. 220. Wolsch. Über das Vermögen des Schuhmachersmeisters Johannes Schütte in Schiltach wurde am 5. Juni 1928, vormittags 10 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Werlein in Wolsch. Konkursforderungen sind bis 22. Juni 1928 beim Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am 5. Juli 1928, vormittags 10 Uhr. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache im Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu leisten und die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen für welche sie aus der Sache abgeforderte Verteidigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 22. Juni 1928 Anzeige zu machen. Wolsch, den 5. Juni 1928. Bad. Amtsgericht.

Brücke über den Heubach bei Furtwangen.

Das Wasser- und Straßenbauamt Donaueschingen vergibt für das Forstamt Furtwangen die Ausführung einer Brücke in Eisenbeton mit 5,4 m Spannweite über den Heubach im Seelenloch, auf Grund des Erlasses d. Min. d. Fin. vom 28. 1. 1928 (D.J.N. 1928). Pläne und Bedingungen können beim obigen Bauamt eingesehen werden, wo auch Angebotsvorbrude erhältlich sind. Angebote sind verschlossen mit dem Vermerk „Brücke über den Heubach“ bis Mittwoch, den 20. Juni vormittags 11 Uhr, dem Zeitpunkt der Eröffnung, einzusenden. Zuschlagsfrist 14 Tage. N. 221.

Vau der Unterführung bei Profil 83+12,50 (Los I) und bei Profil 85+56 (Los II) der Neubaustrecke Bad Peterstal - Griesbach auf Gemarkung Bad Peterstal öffentlich zu vergeben. Los I: 190 m² Erd- und Felsausbau, 123 m² Beton. Los II: 40 m² Erdausbau, 110 m² Beton, samt Nebenarbeiten. Zeichnungen und Bedingungen sowie Abgabe der Angebotsvorbrude, solange Vorrat, beim Reichsbahn-Neubauamt Oppenau und Baubüro in Bad Peterstal. Versand von hier aus nur gegen Voreinsendung des Postgeldes. Angebote nach Los getrennt mit Aufschrift postfrei bis 14. Juni 1928, vormittags 11 Uhr, hierher einzureichen. Zuschlagsfrist drei Wochen. Reichsbahn-Neubauamt Oppenau, N. 219.

Städtische Sparkasse Pforzheim.

Bilanz auf 31. Dezember 1927

Aktiva.		Passiva.	
	RM		RM
Kasse	68 384,61	Spareinlagen	11 459 886,32
Guthaben bei Banken und Girozentralen	228 856,30	Depositen	2 126 080,-
Betriebskapital und Festanlagen d. Girozentralen	880 000,-	Giroguthaben	1 593 787,52
Reichsbank	6 810,14	Rentenbankkredite	6 416,35
Postfach	759,73	Reichsbanklombard	100,-
Wechsel	369 247,87	Aufwertungskonto (Aufwertungsstock)	139 497,41
Bertpapier	1 916 058,98	Niedrigwertkonto per 31. 12. 26	= RM 393 722,98
Darlehen:		Reingewinn 1927	90 896,06
Hypotheken	5 838 558,44		484 619,04
Kaufschillinge	136 892,65		
Kurzfristige Darlehen	933 896,06		
Rentenbankkredite	6 416,35		
Gemeindepfandbriefe	1 884 632,-		
Laufende Kredite	2 883 463,79		
Borschüsse	9 992,43		
Zinsrückstände	34 589,79		
Einrichtung	25 000,-		
Eigenkapitalkonto	586 827,50		
	15 810 386,64		15 810 386,64

Gewinn- und Verlustrechnung 1927.

Soll.		Haben.	
	RM		RM
Zinsen	775 229,64	Zinsen	1 176 634,06
Verwaltungslosten:		Gebühren	73 283,81
persönlich	183 436,75	Mieteinnahmen	20 041,17
sachlich	62 411,62		
Verwaltungslosten an Vergesellschaften	10 492,32		
Abschreibungen auf Einrichtungen	30 401,15		
Abschreibungen auf Effekten	117 091,50		
Reingewinn	90 896,06		
	1 269 959,04		1 269 959,04

Pforzheim, den 1. Juni 1928. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: gez. Gündert, Oberbürgermeister.

N. 225. Die Geschäftsleitung: gez. Auer, Direktor.

Oeffentliche Sparkasse Buchen.

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.		Schulden.	
	RM		RM
Gebäude und Grundstücke	667,15	Spareinlagen	990 255,67
Kassenbestand	12 220,64	Giro- und Kontokorrenteinlagen	89 051,24
Guthaben bei Girozentrale und Postfach	44 276,41	Ausgaberrückstände	57 124,14
Darlehen auf Hypotheken	322 482,74	Reinvermögen per 31. 12. 27	58 210,10
Darlehen in laufender Rechnung	364 706,24		
Darlehen auf Schuldschein	351 084,12		
Sonstige Darlehen	53 405,66		
Einnahmerückstände	39 441,40		
Gerätschaften	6 356,79		
	1 194 641,15		1 194 641,15

Buchen, den 29. Mai 1928. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Dr. Schmidt.

N. 222. Der Geschäftsleiter: Dr. Kunz.

Druck G. Braun, Karlsruhe

Schicht- und Stangenversteigerung.

Das Forstamt Herrenwies in Forbach (Baden) versteigert am Donnerstag, den 14. Juni 1928, nachm. 2 Uhr, im Gasthaus zum „Auerhahn“ in Herrenwies: 48 St. Buchenscheiter und -Prügel; 550 St. Nadel-scheiter und -Prügel; 340 St. Papierholz; 730 Stück Bauflanken; 1210 Stück Hopfenstangen und 800 Stück Nadel- und Bohnenscheiden. Das Holz zeigt vor: Föhrster Dinger und Merkel in Herrenwies, Baumfisch und Herzog in Hundsbach und Wittmann in Erbersbrunn. N. 223.

Freihändiger Auktholzverkauf.

Forstamt Herrenwies in Forbach (Baden). Freitag, den 15. Juni 1928: 3100 fm Nadelstammholz all. Massen. Losverzeichnis durch das Forstamt (Jernru Forbach 15). N. 224.

Karlsruhe.

N. 215. Güterrechtsregisterinträge. 1. Zu Band 1 Seite 89: Eigentümer, Friedrich Berthold, Elektroingenieur, Karlsruhe, und Elise Vina geb. Seiter. Vertrag vom 21. Mai 1928. Gütertrennung 29. Mai 28. 2. Seite 90: Stolz, Paul, Erich Dr. rer. pol. Volkswirt, Karlsruhe, und Emma geb. Grob. Vertrag vom 14. Mai 1928. Gütertrennung 29. 5. 28. 3. Seite 91: Leuz, Rudolf, Heinrich, Elektroingenieur, Karlsruhe, und Emma geb. Rad. Vertrag vom 26. Mai 1928. Gütertrennung 29. 5. 28. 4. Seite 92: Häfeler, Ernst, Kaufmann, Karlsruhe, und Lina geb. Krämer. Vertrag vom 23. Mai 1928. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau 29. 5. 28. 5. Seite 93: Riß, Karl, Gastwirt, Karlsruhe, und Elise geb. Fischer. Vertrag vom 25. Mai 1928. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 30. 5. 28. Amtsgericht Karlsruhe.

Offenburg.

N. 226. Güterrechtsregisterinträge Band 2 Seite 287. Hermann Beter, Arbeiter in Zunsweier, und Anna geb. Spitznagel. Durch Vertrag vom 24. April 1928 ist Gütertrennung gemäß §§ 1427, 1432 BGB. vereinbart. Offenburg, 2. Juni 1928. Bad. Amtsgericht.

3 Freen umzug betr. Brauchen Sie Möbelwagen?

64 dann Bad. Lagerhaus Offenburg Besitzer: Willy Wagner fragen. Erstl. bestempf. juwert. Möbelpeditions-Unternehmen.



Badisches Landestheater

Donnerstag, 7. Juni 1928 Volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen Der Troubadour von Verdi Musikalische Leitung: Rudolf Schwarz In Szene gesetzt von Robert Lebert

Graf Leonore von Ernst Inez Ranrico Ruiz Ferrucio Agucena Zigeuner Rote Anfang 19 1/2, Ende 22 1/2. I. Rang und I. Sperrst. 4 RM

Freitag, 8. Juni 1928

* F 29 (Freitagmiete) 26.-Gem. 1301-1400 und 3. S.-Gr. (2. Hälfte)

Die Herzogin von Padua

von Wilde In Szene gesetzt von Felix Baumbach

Gesjo Dahlen Beatrice Nietens Pollajuolo Prüter Petrucci Gemmede Vitellozzo Renscher Vardi Kloeble Ferranti Reitzgeb Cristofano Brand Moranzano von der Trend Cabalanti Schulze Genfer Herz Lucia Genter Diener Müller Wiegler Bürger Schneider Wehner Kuhn Gerichsdienner Graf Ostholt Soldaten Schmidt-Kesler Reinalth Anfang 20 Ende 22 1/2. I. Rang u. I. Sperrst. 5 RM

Sa. 9. Juni: Die Fledermaus

Sa. 9. Juni: Die Fledermaus mit 10. Juni: Wagnon Im Konzerthaus: Seitenprünge